

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Nun ist es allmählich soweit: Der Herbst ist da und die Blätter werden bunt – genauso bunt, wie die vor euch liegende Ausgabe meiner „Wahlkreispost“, die in dieser Woche eine besonders große Palette an Themen aus Bund, Land und natürlich unserer Region beinhaltet.

Starten muss ich leider mit einer traurigen Meldung zu dem großen Unglück, dass unser Land kürzlich bei den BASF-Werken in Ludwigshafen ereilt hat. Mein Mitgefühl gilt den Betroffenen und ihren Angehörigen und mein tiefer Dank den vielen Einsatzkräften, die geholfen haben, noch Schlimmeres zu verhindern.

Ein weiteres Thema dieser Ausgabe ist ein ausführlicher Bericht zur Übernahme der Bundesratspräsidentschaft durch Malu Dreyer, die dieses Amt unter dem Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ am 01. November antritt. Weiterhin gibt es Neuigkeiten von unserem Bundestagskandidaten Martin Diederhofen, der sich nun anschickt, sich im Wahlkreis bekannt zu machen. Bitte unterstützt ihn dabei!

Als Ministerin musste ich mich in der vergangenen Woche mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) beschäftigen, das die Preisbindung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln aufhebt und auch Konsequenzen für unsere Apothekenlandschaft haben wird. Lest dazu im Folgenden meine ausführliche Stellungnahme.

Aber es gibt auch positive Neuigkeiten zu überbringen – und die kommen ausnahmsweise mal nicht aus Mainz, sondern aus Diez zu uns in den Wahlkreis: Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) wird im Jahr 2019 mit den Bauarbeiten für die B54-Ortsumgehung in Rennerod beginnen können. Auch dazu mehr in dieser „Wahlkreispost“!

Einen guten Wochenstart, wünsche ich euch!  
Eure Sabine



# BASF-UNGLÜCK: DANK AN DIE EINSATZKRÄFTE

*In Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen*

Eine getötete Person, viele zum Teil schwerst Verletzte und auch nach wie vor einige vermisste Personen, sind die tragische Bilanz einer Explosion auf dem Werksgelände der BASF im Ludwigshafener Nordhafen.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer dankt den mutigen Männern und Frauen der Einsatzkräfte. „Ihnen gehört unser Dank. Ihr Einsatz ist nicht nur schwierig, er ist auch gefährlich.“ Die Landesregierung stehe an der Seite der der Betroffenen: „In Gedanken bin ich bei den Angehörigen der Todesopfer und den bangenden Familien der Vermissten. Allen Verletzten sende ich meine besten Genesungswünsche“.

Innenminister Roger Lewentz brachte neben seiner Anteilnahme für die Opfer und deren Angehörigen seine Dankbarkeit bei allen Rettungs- und Polizeikräften zum Ausdruck. „In hervorragender Weise funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der Werksfeuerwehr, den Berufsfeuerwehren aus Ludwigshafen und Mannheim und weiteren freiwilligen Feuerwehren. Der persönliche Einsatz aller Einsatzkräfte und die reibungslose Koordinierung aller betroffenen Stellen verhinderten Schlimmeres, dessen bin ich mir sicher“, so der Minister.

Unmittelbar nach der Explosion wurde die Bevölkerung über das Unglück und zu ergreifende Schutzmaßnahmen über die Medien informiert. Parallel zu den Löscharbeiten wurden sofort auch Maßnahmen ergriffen, um den Schadstoffeintrag in den Rhein zu verhindern.

Polizistinnen und Polizisten des Präsidiums Ludwigshafen unterstützt von der Bereitschaftspolizei des Landes sicherten die Unglücksstelle großräumig ab. Auch die anderen Polizeipräsidien wurden bereits in Alarmbereitschaft versetzt.

# „ZUSAMMEN SIND WIR DEUTSCHLAND“

## *Malu Dreyer übernimmt Bundesratspräsidentschaft*

„Zusammen sind wir Deutschland“ – unter dieses Motto hat Malu Dreyer ihre Amtszeit als Präsidentin des Bundesrates gestellt und damit einmal mehr den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft als eines ihrer wichtigsten politischen Ziele unterstrichen. „Der Bundesrat ist vor allem die Stimme der Bürgerinnen und Bürger aus den Regionen in Berlin. Es ist für mich daher eine besonders ehrenvolle und schöne Aufgabe, als rheinland-pfälzische Bundesratspräsidentin ein Jahr lang dieser Stimme Gehör zu verschaffen. Die föderale Verfassung in Deutschland ist eine bewusst gewählte, kluge und bewährte Struktur. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben Lehren aus der bitteren Geschichte unseres Landes gezogen. Wir sind ihnen heute dankbar für die Möglichkeit, die Länderstimmen in einem starken Verfahren über den Bundesrat einbringen und so den Föderalismus mit Leben füllen zu können.“ Das sagte Dreyer nach ihrer Wahl zur Bundesratspräsidentin.



Staffelstab weitergereicht: Ministerpräsidentin Malu Dreyer (rechts) übernimmt die Bundesratspräsidentschaft von Sachsens Landeschef Stanislaw Tillich (CDU, links)

Mit Blick auf ihr bevorstehendes Amtsjahr betonte Malu Dreyer: „Während meiner Bundesratspräsidentschaft ist es mir besonders wichtig, die Chancen des demokratischen Miteinanders immer wieder neu zu vermitteln. Wir stehen in den Ländern, in Deutschland und in Europa vor vielen Herausforderungen. Wir müssen Politikverdrossenheit und Populismus entgegenwirken und das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern. Politik muss glaubhaft zeigen, dass Demokratiemüdigkeit nicht die Antwort auf Probleme ist. Das demokratische Miteinander fällt uns jedoch nicht in den Schoß, es muss immer wieder erstritten und als Kultur gelebt werden. Dafür werde ich im Jahr meiner Bundesratspräsidentschaft arbeiten.“

Die Ministerpräsidentin fügte hinzu: „Zu Deutschland gehört die Vielfalt unserer Menschen, unserer Geschichten, unserer Erfahrungen und Ansichten. Gerade die Vielfalt ist das, was unsere Gesellschaft und unsere Demokratie ausmacht. Dabei stehen wir alle auf dem Boden unserer Verfassung, haben gemeinsame Spielregeln und Grundwerte als Basis für das Miteinander. Oft sind es die jungen Menschen, die eine besondere Offenheit für die Zukunft mitbringen, die Dinge nicht einfach als gegeben hinnehmen und auch über Grenzen schauen und Ideen entwickeln. Ich will das Engagement junger Menschen für die Gestaltung unserer Gesellschaft und von Europa gewinnen. Ich möchte zeigen, dass wir die Vielfalt von Fragen, Meinungen und Anliegen bewältigen und gute gemeinsame Antworten und Lösungen finden können: Zusammen sind wir Deutschland.“

Einen besonderen Dank richtete Dreyer an ihren Amtsvorgänger, Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Durch Ihre umsichtige, vermittelnde Amtsführung haben Sie die Geschäfte des Bundesrates in einem nicht einfachen Jahr, an dessen Ende der „Tag der Deutschen Einheit“ in Dresden stand, sicher geführt. An Ihre erfolgreiche Arbeit werde ich anknüpfen und unsere gemeinsamen Ziele und Werte weiter verfolgen können. Ich freue mich auf diese wichtige und ehrenvolle Aufgabe.“

## **HINTERGRUND: WAS HEISST „BUNDESRATSPRÄSIDENTSCHAFT“?**

Jedes Jahr zum 1. November wählt der Bundesrat aus dem Kreis der Ministerpräsidenten sein neues Präsidium. Ihm gehören der Bundesratspräsident und zwei Stellvertreter an. Die Wahl erfolgt nach einer vereinbarten Reihenfolge, die durch die Einwohnerzahl der Länder bestimmt wird. Der Turnus beginnt mit dem Regierungschef von Nordrhein-Westfalen. Rheinland-pfälzische Ministerpräsidenten hatten das Amt bisher fünf Mal inne: Peter Altmeier 1954/55 und 1965/66, Bernhard Vogel 1976/77 und 1987/88, Kurt Beck 2000/01.

# MARTIN DIEDENHOFEN STELLT SICH VOR

*Bundestagskandidat will wissen „wo der Schuh drückt“*

Am 30. September wurde Martin Diedenhofen aus Erpel zum SPD-Bundestagskandidaten im Wahlkreis 197 gewählt. Nach einer überzeugenden Bewerbungsrede Diedenhofens votierten die Delegierten anschließend bei drei Enthaltungen einstimmig für den Erpeler.



Bereits jetzt möchte Diedenhofen als Kandidat ansprechbar für die Menschen in unserer Region sein und „wissen wo der Schuh drückt“. Deshalb weist die „Wahlkreispost“ noch einmal auf die Kontaktdaten Diedenhofens hin. Diese lauten im Einzelnen:

- E-Mail: [martin.diedenhofen@t-online.de](mailto:martin.diedenhofen@t-online.de)
- Website: [www.martin-diedenhofen.eu](http://www.martin-diedenhofen.eu)



# KEIN PREISKAMPF ZULASTEN VON PATIENTEN

*Bätzing-Lichtenthäler: „Arzneimittelversorgung sicherstellen“*

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes wird gravierende Auswirkungen auf die deutsche Apothekenlandschaft haben. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, zeitnah eine gesetzliche Regelung für den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten zu finden.“



Der EuGH hatte am Vormittag entschieden, dass beim Versand nach Deutschland die auch für Versandapotheken im EU-Ausland geltende Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente gegen das bestehende EU-Recht verstößt.

Die Ministerin kündigte an, die Auswirkungen des Urteils auf die deutsche Apothekenlandschaft, besonders für Flächenländer wie Rheinland-Pfalz zu prüfen. „Mir ist besonders die Zukunft der kleinen Apotheken in ländlichen Regionen ein wichtiges Anliegen. Eine flächendeckende Arzneimittelversorgung in guter Qualität über die Apotheken vor Ort muss auch in Zukunft sichergestellt sein“, betonte Bätzing-Lichtenthäler.

Ministerin Bätzing-Lichtenthäler drängte auf rasche Gespräche zwischen Bund und Ländern, um über die Konsequenzen des Urteils zu sprechen und Lösungen auf den Weg zu bringen. „Ziel muss dabei sein, eine umfassende Arzneimittelversorgung orts- und zeitnah im Sinne der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten“, sagte die Ministerin. Sie kündigte an, zu diesen Fragen auch auf Landesebene zeitnah Gespräche zu führen. Bereits vereinbart ist ein Austausch mit Dr. Andreas Kiefer, dem Präsidenten der Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz und der Bundesapothekerkammer.

# ORTSUMGEHUNG RENNEROD KOMMT 2019

*Planfeststellung für B54-Umgehung voraussichtlich 2017*

Schon lange ist die Verkehrs- und Lärmbelästigung durch die Bundesstraße 54, die mitten durch den Ortskern ihrer Stadt führt, eines der wichtigsten Themen für die „Renneröder“. Die Anlieger der B54 und



auch die übrigen Bürgerinnen und Bürger, die mit der hohen Verkehrslast und der daraus folgenden Lärmbelästigung zu kämpfen haben, können langsam anfangen aufzuatmen: Die lang erwartete Ortsumgehung, für die sich viele Menschen vor Ort über Jahre hinweg eingesetzt haben, kommt noch in diesem Jahrzehnt.

Eine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler beim zuständigen Landesbetrieb Mobilität in Diez ergab nun, dass das entsprechende Planfeststellungsverfahren voraussichtlich bis Ende des Jahres 2017 abgeschlossen werden könne. „Sollte gegen den Plan anschließend keine Klage erhoben werden, kann zum Jahr 2019, spätestens 2020 mit dem Bau der Ortsumgehung begonnen werden“, so Bätzing-Lichtenthäler. Die Landespolitikerin macht in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Ortsumgehungen aufmerksam. Das Problem der hohen Verkehrslast und den daraus entstehenden, auch gesundheitsschädigenden Folgen des Lärms und der Abgase ist ihr auch aus vielen anderen Gemeinden ihres Wahlkreises bekannt: „Lebenswerte Kommunen zeichnen sich durch eine gute Verkehrsanbindung aus. Da aber immer mehr Verkehr auf den Straßen unterwegs ist, müssen wir wechselseitig dafür Sorge tragen, dass Gemeinden, die an einer Hauptverkehrsader liegen, dadurch nicht an Lebensqualität verlieren.“

Die Abgeordnete dankt allen, die sich für den Bau stark gemacht haben. „Nun drücke ich die Daumen, dass die Planfeststellung problemlos abgeschlossen und der Bau schnellstmöglich begonnen werden kann“, erklärt sie abschließend.